

Disziplinierungsmaßnahmen (II)

Ungarn im Kreuzfeuer

Dr. Rigolf Hennig

Die EU, die USA, der IWF, die Zionisten insgesamt und alle gelenkten Medien schießen sich auf Ungarn ein. Was geschieht hier unter unseren Augen? Handelt die Regierung Orbán rechtswidrig? Ist in Ungarn die Demokratie in Gefahr? Oder die Medienfreiheit? Nichts von alledem: keiner der Angriffe hat eine rechtliche Grundlage.

Es ist genau umgekehrt: Ministerpräsident Viktor Orbán und zwei Drittel seines Kabinetts stehen für Recht, Ordnung und Volksherrschaft. Im Vordergrund stehen für die Ungarn mehrheitlich die Senkung der Staatsschulden, der Schutz der Familie, die Kontrolle der gesetzgebenden und rechtsprechenden Gewalten durch den Staat und der Medien insoweit, als diese zur wahrheitsgemäßen Berichterstattung verpflichtet – und bei Verstößen hiergegen bestraft werden.

Das sind genau die Vorgaben, welche der zionistisch gesteuerten EU auf den Magen schlagen. Die EU wünscht keinen europäischen Staatenbund, sondern will über den Europäischen Sicherheitsfond (ESF) und untilgbare Schulden einen europäischen Bundesstaat als Finanzdiktatur erzwingen, die Nationalstaaten auflösen, setzt über den Genderwahnsinn auf die Zerstörung der Sippen, über die Massenzuwanderung raumfremder Menschen auf die Zerstörung der gewachsenen Völker, auf die Unterdrückung der freien Meinung durch eine politische Justiz, und steht im Zusammenwirken mit der NATO für Überfälle auf friedliche Drittstaaten. Was die Kritiker Ungarns so sehr fürchten, ist eine mögliche Renationalisierung Europas mit Ungarn als Schrittmacher. Dafür scheut man sich nicht vor einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns, wie unlängst die us-amerikanische Außenministerin

Clinton, da droht die EU mit Sanktionen und will nicht über Finanzhilfen verhandeln, da werden nach den Vorbildern Belgrad, Minsk, Kiew und Teheran in Budapest Großdemonstrationen von außen angezettelt, da wird gelogen wie gedruckt.

Orbán hat mit seiner nationalkonservativen Partei „Fidesz“ und der rechtsgerichteten Partei „Jobbik“ den Ungarn eine Art Wiedergeburt beschert. Unter den Sozialisten drohte das Land bereits einmal in zionistische Hände abzugleiten und von Zigeunerbanden zerrüttet zu werden. Nun fordert die Jobbik den Austritt Ungarns aus der EU. Tatsächlich könnte Ungarn zum Schrittmacher einer Renationalisierung Europas werden. Zu wünschen wäre dies allemal, vor allem uns Deutschen. Da Ungarn hoch verschuldet ist, könnte es über einen Schuldenschnitt im Falle einer Staatsinsolvenz das tun, was Griechenland nicht durfte, nämlich sich an den internationalen Banken vorbei wieder gesunden. Es ist hoch an der Zeit, daß dem Wüten der Finanzmächte und deren EU zu Lasten der Völker ein Ende gesetzt wird. Ein Hoch auf die Ungarn!

